

Profil Abo

Deutsch ▾

Deine Region dans ta poche

Menu



ePaper



Suche

Front Biel Seeland Bielersee Lyss-Aarberg Kanton Bern Sport EHC Biel Videos au >



Stadtrat Roland Eggli-Aerni findet: Bei der Stadtplanung braucht es mehr parlamentarische Mitsprache
Quelle: Dominik Rickli

Stärkung des Parlaments

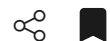
Grünliberaler Stadtrat fordert zu delikatem Zeitpunkt mehr Demokratie in der Stadtplanung

Die Stadtplanung ist in Biel Chefsache. Stadtrat Roland Eggli (GLP) will das ändern. Obwohl er für sein Vorhaben breite Unterstützung habe, reicht er die Motion selbst ein. Warum?

[Jérôme Léchet](#)

Publiziert: 26.02.2024, 11:52 Uhr

🔄 Aktualisiert: 26.02.2024, 11:56 Uhr





Artikel hören



Im August verlässt die Stadtplanerin Florence Schmoll die Stadt, im Dezember Stadtpräsident Erich Fehr (SP). Für Stadtrat Roland Eggli-Aerni (Grünliberale) ist das der ideale Zeitpunkt, um die Stadtplanung wieder stärker in die Hände des Parlaments zu legen.

Sein Vorschlag: Der Stadtrat führt eine Baukommission ein. Diese behandelt wichtige stadtplanerische Projekte, wie beispielsweise die Sanierung des Unteren Quai oder die Neugestaltung des Kreuzplatzes.

Die Hoffnung: Damit könnten teure Planungsdebakel wie am Neumarkt- oder am Bahnhofplatz, ein potenzielles Scheitern der Sanierung am Unteren Quais verhindert werden. Weil eine stärkere Involvierung von gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern ein besseres Gespür für die Anliegen der Bevölkerung in die Verwaltung hineintrage. Das jedenfalls meint Eggli.

Das Parlament soll mehr als nur Ja oder Nein sagen können

Heute aber könne man, so der grünliberale Stadtrat, am Ende nur noch Nein zu einem Baukredit sagen – je nach Betrag im Parlament oder an der Urne. Bei Projekten, die weniger als 300 000 Franken kosten, sei dann auch gar keine politische Einflussnahme mehr möglich.

Es bleibt dann nur noch der juristische Weg, um sich gegen ein Vorhaben zu wehren. «Die Erfahrung zeigt, dass hier die einzigen Gewinner die Anwälte und die Verwaltung sind», meint Eggli, der im Rahmen der Einsprachen am Seilerweg das selbst erfahren hat. Das Resultat: «Die meist hohen Prozesskosten werden nicht nur den Verlierern, sondern auch der Stadt aufgebürdet.»

Hier würde mehr Demokratie mehr Effizienz bringen, so der Grünliberale, denn: «Die wichtigsten Entscheide werden am Anfang eines Projekts gefällt – und da braucht es eine möglichst breite politische Unterstützung.»



Hier tagt der Bieler Stadtrat (Themenbild).

Quelle: Matthias Käser

Das politische Kalkül vor der Wahl der Stadtpräsidentin

Mehr parlamentarische Mitsprache im wichtigen Dossier der Stadtplanung: Damit sollte Eggli eigentlich auf Resonanz stossen. Und tatsächlich: «Verschiedene Kollegen und Kolleginnen aus dem ganzen politischen Spektrum haben mir ihre Unterstützung zugesichert», sagt Eggli.

Nur: Trotz breiter Unterstützung durch einzelne Mitglieder «fast aller Parteien» reichte er an der Stadtratssitzung vom Donnerstagabend die Motion alleine ein.

Einige seiner Mitstreiter hätten den Wunsch geäußert, die Motion «erst nach den Wahlen» einzureichen, sagt Eggli. Der Grund: Sie wollten sich «im Wahljahr nicht exponieren».

Und tatsächlich, eine stadträtliche Bau- oder vielleicht treffender: Stadtplanungskommission würde einiges an politischem Sprengstoff bergen, wenn ihre Einführung vor den Wahlen im Herbst beschlossen würde. Weil sie die Macht des wichtigsten politischen Postens in Biel beschneiden würde.

Aktuell ist die Stadtplanung dem Stadtpräsidium zugeteilt. 2012 kam sie in die Präsidialdirektion, um diese nach der Reorganisierung des Gemeinderats 2012 für den Verlust der gewichtigen Finanzdirektion zu entschädigen, die zuvor unter dem Stadtpräsidenten angesiedelt war.

Zeitpunkt ist heikel

Der Zeitpunkt für eine stadträtliche Einflussnahme auf den Chefposten ist heikel, weil unklar ist, wer am 1. Januar 2025 Stadtpräsident oder viel wahrscheinlicher: Stadtpräsidentin wird.

Unterstützen die linken Parteien die Einführung einer Stadtplanungskommission jetzt, würden sie die Macht der von ihnen portierten Glenda Gonzalez Bassi (PSR) unnötig beschneiden – gesetzt, sie gewinnt im Herbst die Wahl.

Eine Stadtplanungskommission würde aus linker Sicht erst dann wirklich attraktiv, wenn das Stadtpräsidium an die bürgerliche Seite verlorenginge und eine Kommission mit Stadtratsmitgliedern aus dem linken Lager etwas Gegensteuer leisten könnte.

Das dürfte auch für die bürgerlichen Parteien nicht anders sein: Sie wollen jetzt erst einmal alles daran setzen, um Natasha Pittet (PRR) ins Amt der Stadtpräsidentin zu hieven. Erst im Fall einer Niederlage könnte es interessant werden, ein politisches Gegengewicht aufzubauen.

Roland Egli-Aerni möchte die Motion trotzdem jetzt einreichen. Damit sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bereits diesen Sommer positionieren müssen, «sei es via einer Smartvote-Befragung oder im Parlament, sofern das Geschäft noch vor den Wahlen verhandelt wird.»

Die Bieler Stadtratsmitglieder sollten sich dann dazu bekennen, ob sie eine solche Kommission, die in wichtigen stadtplanerischen Fragen mehr demokratische Mitbestimmung ermöglichen würde, aus sachlichen Gründen wollen – also unabhängig von der Frage, wer am 1. Januar 2025 das Stadtpräsidium übernehmen wird. Oder ob das Kalkül mit der Macht Priorität hat.

Lesen Sie auch:



Abo **Aus dem Stadtrat**